

Republik Südafrika

AM ENDE DER APARTHEID EIN STAMMESKRIEG IN DEN SCHWARZEN STÄDTEN

5 Während aus dem Regierungspalast in Pretoria ein Friedensangebot der Burenregierung ans schwarze Volk nach dem anderen ergeht, zündet sich dieses wechselseitig die Hütten an und führt den Buschkrieg in den Townships. Ein "Spaltungsmanöver" der weißen Reaktion, oder noch ein Beweis aus Afrika, daß "die Neger" mangels Reife eine echte Demokratie nicht hinkriegen?

Die RSA sortiert ihr Menschenmaterial neu

10 Die der zivilisierten Menschheit des Freien Westens am ekelhaftesten aufgestoßene Unsitte des Burenregimes am Kap, ein Gesetzeswerk unterm Sammeltitle "Petty Apartheid", ist von der Regierung De Klerk Anfang Oktober durch die Aufhebung der Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen (Reservation of Separate Amenities Act) beseitigt worden: Neger und Mischlinge
15 *dürfen* jetzt ins Freibad gehen, Golf spielen, Erster Klasse mit dem Zug fahren und auf Luxusschulen gehen, sofern sie es sich leisten können. Der Rassismus gegen die "dreckigen Kaffern" wird wohl jetzt die aus demokratischen Rechtsstaaten bekannten Formen des Umgangs mit für minderwertig erachteten Teilen des Volkskörpers annehmen, also Dauerthema öffentlicher Aufregung bleiben, ohne daß gleich immer die Menschenrechtskommission der UNO angerufen werden muß. Die weiße Regierung der National-Partei hatte sich aber schon vorher zu einer
20 faktischen Stornierung wesentlicher Bestimmungen des harten Kerns der Rassentrennungspolitik (offiziell: "Programm der getrennten Entwicklung") entschlossen, weil diese der tatsächlichen "Entwicklung" der Beziehungen zwischen den Bevölkerungsteilen in der RSA, namentlich den ökonomischen, nicht mehr gerecht wurden.

25 Das Projekt einer Konzentrierung des Großteils der schwarzen Bevölkerung auf die 13% des südafrikanischen Territoriums, in denen man Reservate namens "Bantustans" unter die Administration eingeborener Häuptlinge stellte, hat zunehmend mit dem Bedarf der weißen Landwirtschaft und Industrie an dauerhaft verfügbarer schwarzer Arbeitskraft konfligiert. Der konnte man das Nachholen ihres Familienanhangs zwar per Gesetz verbieten, verhindern ließ es sich jedoch nicht. Zudem sorgte das Elend in den Wüsteneien der "selbstverwalteten" schwarzen
30 Enklaven immer wieder für neue Rekruten der Reservearmee, die in den Townships am Rande der großen industriellen Zentren durch illegale Arbeit immer noch ein Vielfaches dessen verdienen konnten wie im ihnen zugewiesenen Homeland. Hinzukommt, daß der zu Beginn der Bantustan Politik vom großen Umsiedlungs- und Zuzugsverbotsprogramm ausdrücklich ausgenommene Teil
35 des schwarzen Volks, der sein Auskommen als Landarbeiter in Quasi-Leibeigenschaft auf weißen Farmen findet, von Anfang an die "Theorie der getrennten Entwicklung" als *rassistische Ideologie* für ein Staatsprogramm der optimalen Benutzung des unterworfenen Menschenmaterials denunzierte. In diese per Gesetz "weißen Gebiete" strömten einerseits die Hungerleider aus den Bantustans, um ihre und die Arbeitskraft von Frau und Kindern an einen
40 weißen "Boss" zu verkaufen, andererseits verdrängte das Überangebot an farmhands die in der

Konkurrenz Ausgemusterten aus den landwirtschaftlichen Gebieten und führte zu einer südafrikanischen Variante von "Landflucht", deren Ziel in der Regel die Blechhüttenvorstädte sind, wo man von den Abfällen noch eher überleben kann als in den verödeten Homelands.

Während 1965 noch die Mehrheit der Schwarzen, nämlich 40%, als Landarbeiter registriert wurde (der Rest verteilte sich auf die Homelands, die städtische Industrie, die Minen und die Putzerdienste für die weiße Elite), hat sich dieses Verhältnis zu Gunsten der Townshipbevölkerung drastisch geändert.

Diese von den Apartheid-Theoretikern gerade bekämpfte Tendenz - ihr deutschstämmiger Vordenker Professor Werner W. Max Eiselen förderte sogar noch 1965 "die

"gegenwärtige, unerwünschte, hochgradige Abhängigkeit von der Arbeit der Bantu in den europäischen Gebieten zu überwinden." -

ist nichts anderes als die Konsequenz eines halben Jahrhunderts praktizierter Apartheidpolitik gewesen. Ihr unbestreitbarer *Erfolg* für die RSA und die in ihr herrschenden weißen Interessen war die Erschließung der Arbeit(skraft) der "Bantu" als unversiegbare Reichtumsquelle des Kapitals. So entstand der einzige Staat auf dem "Schwarzen Kontinent" mit einer eigenständigen nationalen Kapitalakkumulation, die nicht nur Rohstoffe für ihre auswärtige Kapitalisierung bereitstellt, sondern mit eigenen Produkten einen inländischen Markt bedient und mit konkurrenzfähigen Waren auf dem Weltmarkt auftritt.

Der gesammelte (Vor-)Urteilkatalog des weißen Rassismus über die ethnisch bedingte mentale Minderbemitteltheit "der Kaffern" hat südafrikanischen Unternehmergeist nicht daran gehindert, schwarze Arbeitskraft in der Produktion zu benutzen. Völlig "verkrampfte" Burenschädel mit einer Vorfahrenliste bis zu den "Voortrekkern" der weißen Landnahme im 19. Jahrhundert residieren in Johannesburg und besuchen ihre zu Agrarfabriken modernisierten Farmen nur noch zweimal im Jahr, um mit dem asiatischen Verwalter abzurechnen, der übers Jahr die schwarzen Boys kommandiert.

In den Fabriken der mittleren und großen Industrie haben die weißen Besitzer und ihre Manager schon seit Jahren den "Mines and Works Act" von 1911 ausgehöhlt, der Nichtweiße von "qualifizierten Arbeiten" ausschließt, und Schwarze für weniger Lohn als Facharbeiter und Ingenieure eingestellt. Dadurch ist innerhalb der *weißen Bevölkerung* erstmals ein *Gegensatz der Klassen* politisch virulent geworden, bei dem die Arbeiter und Angestellten auf der rigiden Rassenregelung beharren, die ihnen ein Privileg gegen ihre schwarzen Klassenbrüder unabhängig von ihrer Leistung fürs Kapital garantieren soll. Aus diesem Kreis bezieht die Konservative Partei ihre Klientel und aus der weißen Landbevölkerung, die noch selbst auf dem Land sitzt, das sie bewirtschaftet.

Dort betätigt sich die Angst um die Konkurrenzfähigkeit gegen die moderne Agrarindustrie im Haß gegen "die Kaffern", deren Arbeitseinsatz südafrikanische Lebensmittelexporte allen Boykotten zum Trotz zur Versorgungsgrundlage in zahlreichen schwarzafrikanischen Staaten und zum Teil des Warenangebots in Europa und in den USA gemacht hat. Die Aufhebung der "Industrial Conciliation Acts", die nur weißen Arbeitern die Koalitionsfreiheit und ein begrenztes Streikrecht zugestanden, die gewerkschaftliche Organisation der Schwarzen aber ausdrücklich verboten und jeden Bruch des Arbeitsvertrags durch einen Nichtweißen *strafrechtlich* ahndeten,

legalisiert nur nachträglich die staatlicherseits geduldete Existenz des schwarzen Gewerkschaftsdachverbandes COSATU: Dessen Einzelgewerkschaften, vor allem die Automobilarbeiter und die Organisation der festangestellten Minenarbeiter, werden von den Arbeitgebern als Verhandlungs- und Vertragspartner anerkannt, weil zu einem geregelten Arbeitsverhältnis die Leistungen einer Gewerkschaft für Kontinuität und Reibungsfreiheit der Benutzung des Arbeitermaterials auch in Südafrika Anerkennung finden. Mustergültig beraten z.B. von der IG Metall hat die zuständige Abteilung jüngst einen "wilden Streik" bei Mercedes, den die "Comrades" des ANC gegen den Einigungswillen der Gewerkschaft angestiftet hatten, zu Ende gebracht und damit die Bereitschaft der Daimler-Benz AG, sich "weiterhin in der RSA zu engagieren", gesichert.

Bei so guten Erfahrungen mit der schwarzen Bevölkerung als Arbeitskraft und bei so einträglichen Resultaten will die Regierung der RSA und die sie stellende Partei mit dem Regelwerk der Apartheid Schluß machen und der schwarzen Bevölkerung einen "New Deal" vorschlagen: Die rechtliche Gleichstellung als Lohnarbeiter mit der weißen Bevölkerung und eine Beteiligung an der politischen Herrschaft. Ersteres bewirkt die Freisetzung von 30 Mio. nicht-weißen Südafrikanern von allen Beschränkungen bezüglich ihrer Anwendbarkeit in der Wirtschaft. Diese erfolgt jetzt nach dem rein ökonomischen Kriterium, wo immer sie sich für einen Arbeitgeber *lohnt*. Das heißt aber auch, daß sich auf dem Markt für Arbeitskraft die Angebotsseite schlagartig vergrößert, ohne daß die Nachfrage nach schwarzer Arbeitskraft auch nur annähernd damit Schritt halten könnte. Zweitens eröffnet das Angebot der Regierung an die bisher in Opposition zu ihr stehenden Organisationen der nichtweißen Bevölkerung, sie im politischen Leben des Staates zuzulassen und sie an der Macht zu beteiligen, daß ihre einzige Gemeinsamkeit, der Ausschluß von der politischen Verantwortung, entfällt. Sie sind jetzt Konkurrenten um die gehobenen Positionen schwarzen Mitmachertums. Diese politische Konkurrenz verleiht dann ihrerseits der ökonomischen Konkurrenz unter den lohnarbeitenden bzw. arbeitslosen Massen in den Townships jene Sprengkraft, die seit Monaten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen innerhalb der schwarzen Bevölkerung geführt hat, die als *Stammeskriege* ausgetragen werden.

Die schwarze Machtkonkurrenz

die jetzt so blutig mit dem demonstrativen Friedenswillen der weißen Herrschaften einhergeht, sortiert sich ihrerseits entlang den Voraussetzungen, Mitteln und Möglichkeiten, die die RSA für die politische Betätigung Nichtweißer unter und nach dem Ende der Apartheid *angeboten* hat. Dieser prinzipiell botmäßige Charakter von "Befreiungsbewegung" in Südafrika, deren Führer immer mit Staat und Kapital sich arrangieren wollen, wenn man sie nur als Politiker mitregieren läßt und ihr Volk als Staatsbürger mit den Weißen gleichberechtigt, ist die eine Seite. Die andere Seite ist der Kampf um Anhängerschaft, der mit den Methoden der Zwangsrekrutierung eigener Stammesgenossen und der Terrorisierung der Mitglieder anderer Stämme betrieben wird. Darin schenken sich der ANC bei aller revolutionären Rhetorik und die Inkatha Buthelezis mit seinen von der Konrad-Adenauer-Stiftung gesponsorten Sprüchen von einem "Weg des gewaltfreien Übergangs zur multirassischen marktwirtschaftlichen Demokratie" nichts. Die "Impis" der

Inkatha schlägern als Zulus gegen Stammesfeinde und die “Comrades” vom ANC schlagen sich für einen Chief, der so für sich wirbt:

5 “In erster Linie habe ich mich stets als afrikanischer Patriot gefühlt. Ich war ja schließlich nicht umsonst vor 46 Jahren in Umtata geboren. Mein Vetter, der die Funktion des obersten Häuptlings von Tembuland wahrnahm, war mein Vormund, und ich bin sowohl mit dem gegenwärtigen Oberhäuptling von Tembuland, Sabata Dalinyebo, wie auch mit dem Kaiser Matanzima, dem Ministerpräsidenten der Transkei verwandt.“ (Nelson Mandela)

10 Buthelezi und Mandela scheinen sehr genau zu wissen, daß sie ihre Gefolgschaft nicht im Ernst mit ihren jeweiligen Parteiprogrammen auf sich verpflichten können: Die Schwarzen in den Homelands und den Townships, erst recht nicht auf den Farmen in Natal sind kein *politisiertes Volk*, wie die Massen, mit denen sich in den Metropolen des demokratischen Imperialismus so prächtig Staat machen läßt. Der demokratisch-reife Schluß, aus eigenem falschen, nämlich nationalistischen Bewußtsein heraus aus seiner unbefriedigenden Lage Gerechtigkeit nach dem

15 Kriterium des nützlichen Beitrags der einzelnen zum großen Ganzen zu fordern, ist für einen Xhosa oder Zulu nicht nachvollziehbar. Er hat ganz andere Kriterien, nach denen er sich - wenn überhaupt - mit seinesgleichen vergleicht. Das Kriterium der *Stammeszugehörigkeit* ist ein gänzlich unpolitisches: Ein natürliches Merkmal, vergleichbar etwa mit dem des Verwandtseins, mag zwar auch eine Abstraktion vom unmittelbaren (Über-)Lebensinteresse darstellen. Aber zum

20 positiven politischen Denken, zur Befassung mit ebenso komplizierten wie brutalen höheren Zwecken wie Nation und Partei, für die zivilisierte Rechtssubjekte in Europa sich krummlegen und im Ernstfall auch ins Feuer schicken lassen, taugt es nicht. Im *Stammesbewußtsein* kommt die in der RSA gegenwärtig unter den Politikern diskutierte Frage nach der optimalen *Staatsform*, ob kapitalistisch, sozialistisch oder “gemischt” gewirtschaftet werden soll, gar nicht vor; schon gleich

25 nicht als Gegenstand des Streits mit anderen *Stämmen*. Politisch wird die Stammeszugehörigkeit, worin ganz offensichtlich auch die Masse der Schwarzen in der RSA ihren Stolz setzt, erst dann und nur in dem Maße, wie sie von den wirklich relevanten politischen Kräften, also von den Politikern, politisch relevant gemacht wird: als Mittel der Konkurrenz untereinander um die politische Macht.

30 Daß man so mit Neger Politik machen kann, indem man ihrem Stammesstolz schmeichelt, das haben die weißen Herren in Südafrika immer schon gewußt. Deshalb haben sie das Homeland-Konzept der Apartheidpolitik an den Stammeszugehörigkeiten der Schwarzen orientiert. Der Dr. Gatsha Buthelezi ist als die politische Kreatur der Bantustan-Politik zu politischer Macht in Südafrika gelangt. Als einer der Häuptlinge des Zulu-Stammes wurde er von der Regierung in

35 Pretoria zum Ministerpräsidenten des Homelands KwaZulu ernannt. Im Konkurrenzkampf gegen rivalisierende Chiefs und gegen einen immer noch von vielen Stammesangehörigen verehrten Zulu-König gründete er 1975 die Inkatha als Partei, deren Mitglied im Prinzip jeder Zulu von Geburt an ist. Im Herrschaftsbereich des Chief Buthelezi ist das aktive Bekenntnis zu Inkatha Voraussetzung für jede Dienstleistung der Homeland-Administration, die Mitgliedschaft

40 Bedingung für öffentliche Jobs. Im Juli dieses Jahres ließ Buthelezi in seinem KwaZulu-Parlament ein “Chiefs and Dignitaries Bill” verabschieden, das ziemlich exakt die mittlerweile von Pretoria aufgehobene “Bantu Authorities Act” von 1931 kopiert, also die Machtbefugnisse des Apartheidregiments über die Bevölkerung in KwaZulu auf den schwarzen Paramount-Chief

und seine Unterhüuptlinge überträgt; inklusive des Verlusts von Wohnrecht für Nicht-Zulus im Zululand. Kein Wunder, daß Buthelezi in einer möglichen Abschaffung der Homelands, der Einführung einer einheitlichen Staatsbürgerschaft der RSA und einer Regierungsbeteiligung der Schwarzen einen erheblichen Verlust an Macht, Pfründen und Einfluß sieht, gegen den er seine Inkatha mit dem Argument mobilisiert, die Zulus würden durch eine Über- bzw. Vormacht des von Xhosas dominierten ANC bedroht.

Die "Impi"-Schlägerkommandos der Inkatha vertreiben seitdem schwarze Nicht-Zulus aus dem Homeland und aus den von Zulus bewohnten ländlichen Gebieten der südafrikanischen Teilrepublik Natal. Und in den Townships rekrutieren Buthelezis Stammeskrieger aus KwaZulu weggezogene Stammesbrüder für Inkatha, überfallen ANC-Einrichtungen als stammesfeindliche Elemente und provozieren so die Reaktion der "Comrades", die die Xhosa zu bewaffneten "Selbstverteidigungsgruppen" gegen die Zulus organisieren.

Die RSA-Polizei, wenn sie in den Townships eingreift, schlägt sich in alter Routine auf die Seite der Inkatha, weil es gegen die bisherigen Staatsfeinde Nr. 1 vom ANC geht. Dahingestellt, ob tatsächlich weiße Experten in den Reihen der "Impis" mitgekillt haben, oder ob Buthelezis Krieger bloß von Spezialisten der Armee und des RSA-Geheimdienstes ausgebildet und trainiert werden (so die ARD-"Tagesthemen" am 22.10.), die Interessenlage ist eindeutig: Die schwarzen Konkurrenten Mandelas demontieren den Ruf des Freiheitshelden, er kontrolliere sein eigenes schwarzes Volk, und versuchen so, sich selbst als unübergehbaren Verhandlungspartner für Pretoria ins Spiel zu bringen. Politexperten aus den USA weisen denn auch darauf hin, daß nicht die Toten und Obdachlosen die Opfer des Gemetzels sind, sondern etwas viel Erhabeneres:

"Wirklich verheerender als die Gewalt selbst war das Ausmaß, in dem sie die Führungskraft Mandelas bloßstellte." (Newsweek, 40/90)

Die weiße Opposition, die als Konservative Partei im Parlament sitzt, die Stadtverwaltungen in Großstädten beherrscht und sich in mehreren schwer bewaffneten Kampfbünden eine Art SA geschaffen hat, betrachtet es ohnehin mit Wohlgefallen, wenn "die Kaffern" aufeinander losgehen. Deshalb verfügt Inkatha über modernste Schnellfeuerwaffen aus Polizeibeständen und die drangsalierten "Comrades" in den Townships haben das Eingreifen der Armee gefordert, von der sie sich mehr Schutz erwarten als von eben den Bullen, die sie all' die Jahre hindurch schikaniert haben.

Die ANC-Führung ihrerseits schreckte zum Zwecke der Niederhaltung der Inkatha-Konkurrenz vor einem Hilfersuchen an die Regierung nicht zurück. Erst als De Klerks Operation "Eiserne Faust" ziemlich unterschiedslos alle Neger auf den Straßen von Soweto abräumte, distanzierte sich Nelson Mandela persönlich vom Einsatz der Ordnungstruppe. Dennoch will er keinesfalls seinen guten Draht zu De Klerk gefährden: Die Entscheidung der Burenregierung, ihn und seinen ANC zu dem Verhandlungspartner für politische Mitbestimmung der Schwarzen zu machen, wird vom Nationalkongreß als "Sieg" der schwarzen Sache genommen. Dabei ist es doch geradezu umgekehrt die totale Erfolglosigkeit des "bewaffneten Kampfes" des ANC gewesen, die Anerkennung der Zuständigkeit des Regimes in Pretoria für die Regelung der Verhältnisse in der RSA, die Distanzierung von radikalen Schwarzenvereinigungen wie dem PAC (Panafrikanischer Kongreß) und der AZAPO (Azanian People Organization), die immer noch die

“Entkolonialisierung” Südafrikas fordern und Verhandlungen, gar einen Kompromiß mit dem “Siedlerregime” ablehnen, womit sich der ANC als Gesprächspartner De Klerks qualifiziert hat.

Jetzt legen Mandela und seine Kampfgefährten großen Wert darauf, ihre Position als Exklusivvertreter der Schwarzen zu behalten. Eine Zusammenkunft mit Buthelezi ist bislang gescheitert, weil Mandela mit ihm nur als Ministerpräsident von KwaZulu verhandeln, keinesfalls aber Inkatha als politische Partei neben dem ANC akzeptieren will. Für die Basis beider Vereine ist damit die Sache so einfach wie klargestellt: Die Xhosa wollen die Zulu ausschalten, bzw. die Zulus gefährden das Ansehen des eigenen Stammesprinzen, der es in der großen Welt zu etwas gebracht hat.

10 **Die Gewalt in den Hüttenstädten**

wird gerne mit dem klassischen Interpretationsmuster der Drittweltsoziologie erklärt. Und zwar auf eine Art und Weise, die vor Verständnis trieft. Der südafrikanische Historiker Neville Alexander im “Spiegel” (35/1990):

15 “Es gibt viele soziale Probleme unter schwarzen Südafrikanern: Es herrscht Armut, es gibt die nach ethnischer Herkunft getrennten Wohnheime für zugewanderte Arbeiter, die häufig mitten in Siedlungen stehen, in denen die anderen Einwohner schon seit Generationen leben. Dazu kommt der Zustrom von Landflüchtlingen. Das alles schafft Voraussetzungen für Streit unter den Arbeitern, weil nicht genügend Mittel vorhanden sind und es der
20 Wirtschaft schlecht geht. Es fehlen Häuser, Arbeitsplätze, Ausbildungs- und Gesundheitseinrichtungen.”

Kein einziges dieser angeführten “sozialen Probleme” enthält in sich den Übergang zum Niedermachen von Nachbarn, die in ihnen genauso wie man selbst vorkommen: als Opfer. So gibt es auch in den Shantie-Towns neben den Stammesfehden die in den Vorstädten Neapels oder in
25 den Ghettos der USA üblichen Formen des Zurechtkommens mit unaushaltbaren Lebensbedingungen: Straßenkriminalität, Drogen, Glücksspiel, Alkoholismus. Aber auch die ohnmächtigen Formen des Protests wie die Gebührenverweigerungskampagnen gegen die miserable Versorgung mit Wasser, Gas und Strom. Und jede Menge Kirchen, Caritas und Streetworker, die ins Elend eine warme Suppe und recht viel Sinn mitbringen. Wo sich die
30 Neuankömmlinge im Township als Konkurrenten um Wohnraum und Arbeitsplatz darstellen, wird die gerne von europäischen Besuchern Sowetos besungene Gemütlichkeit unter bei aller Armut allweil fidelen Bimbos auf eine harte Probe gestellt.

Aber alles das bringt noch lange kein Massaker zustande, bei dem organisierte, ausgerüstete und angefeuerte Trupps auf jeden vom anderen Stamm schießen, der ihnen über den Weg läuft, und
35 anschließend noch die Kadaver malträtiert. Der Stammeswahn, der in sich keinen *politischen* Zweck kennt, sondern bloß den Haß gegen die feindliche Verwandtschaft, der daher auch kein Maß hat und keine Rücksicht nimmt, folglich auch beim Draufhauen von sich aus nicht eher Schluß macht, als bis die Gegnerschaft sich ausgetobt hat, schafft das auch nicht allein. Dazu braucht es schon eine Führung mit einem politischen Zweck, die das Ganze aufstachelt,
40 organisiert und mit moderner Feuerkraft ausrüstet. Die politischen Führer der schwarzen Marodeure sind in der Zwickmühle, daß sie sich einerseits die Loyalität ihrer Mannschaft im Appell an einen vorgestellten Naturzusammenhang sichern, andererseits durchaus die Gefahr

bemerken, die von der entfesselten Gewalt für ihr politisches Projekt ausgeht. So rufen sie immer wieder mal zur Gewaltlosigkeit unter schwarzen Brüdern auf, die schließlich über die Stammesgrenzen hinweg ein Staatsbürgermaterial sein sollen, zu dessen Beherrschung und Verwaltung sie sich anbieten. Der politische Tribalismus soll funktional bleiben für die
5 Stammespolitiker, die eine Nation regieren wollen.

So ist auch die Regierung De Klerk nicht unbedingt für eine Fortdauer der Unruhe in den Townships. Zwar hat sie es als Erfolg verbuchen können, daß das nationale und internationale Renommee Mandelas zurechtgestutzt worden ist und der Mann nach 29 Jahren Inhaftierung durch die Burenregierung jetzt eben diese um Hilfe für seine schwarze Gefolgschaft angehen muß.
10 Andererseits braucht De Klerk einen renommierten schwarzen Führer, der sein politisches Mitherrschaftsmodell unterschreibt und für Ruhe unter dem nichtweißen Bevölkerungsteil sorgt. Auf dem Parteikongreß der Nationalpartei hat sich De Klerk mit seiner Position durchgesetzt, bis zu den nächsten Parlamentswahlen *mit dem ANC* ein Verfahren auszuhandeln, das die schwarze Bevölkerungsmehrheit, *vertreten durch den ANC*, mit in die Regierungsverantwortung nimmt. Die
15 große Mehrheit für De Klerk, selbst noch für den unerhörten Beschluß, die Burenpartei für "Kaffern" zu öffnen, zeigt, daß sich die herrschende Klasse in der RSA ziemlich sicher ist, sich die Früchte ihrer Herrschaft auch unter schwarzen Repräsentanten der Macht erhalten zu können. Neben ihren eigenen positiven Erfahrungen in den bisherigen Verhandlungen mit dem ANC gibt es ja auch das schöne Beispiel Simbabwe oder Namibia, wo die Reichtumsproduktion seit der
20 Zugestehung aller Staatsbürgerrechte an die Schwarzen ungestört läuft und sich Reichtum und Armut unverändert auf die dafür vorgesehenen Teile des jetzt *gleichberechtigten* Staatsvolks verteilen.

Lernfähig ist aber auch die weiße Opposition, die sich in Gestalt der Inkatha jetzt schon eine Art RENAMO halten will, jene Söldnertruppe von Stammeskriegern also, die die RSA-Regierung
25 gegen die FRELIMO-Herrschaft in Mosambik aufgestellt hat. In KwaZulu sind jetzt die RENAMO-Stützpunkte gesichtet worden, die die RSA-Regierung nach dem Friedensschluß mit Mosambik aufgelöst hat, und an den September-Massakern in der Johannesburger Region sollen RENAMO-Kämpfer beteiligt gewesen sein.

So wird die schwarze Bevölkerung in der RSA noch vor ihrem Aufstieg zum Wähler von allen
30 Seiten für den politischen Kampf um die Machtverteilung in der RSA hergenommen.